

Ende der Verbeamtung

Vorsitzender des FDP Kreisverbandes Raimund Tomczak im Interview 28.10.2011

Lehrer in Brandenburg sollen nach dem Willen der FDP künftig nicht mehr verbeamtet werden. Zudem sollten die Lehrer nicht mehr vom Land, sondern den Gemeinden als Träger der Schulen beschäftigt werden, sagte Fraktionschef Andreas Büttner am vergangenen Sonntag in Potsdam.

Der Bildungsexperte verwies auf einen entsprechenden Leitantrag, den die FDP am vergangenen Samstag auf einem Parteitag in Fürstenwalde verabschiedet hat. Der BlickPunkt-Redakteur Jörg Reuter sprach mit dem **Vorsitzenden des Kreisverbandes LDS Raimund Tomczak**.

Herr Raimund Tomczak, warum sollen Lehrer nicht mehr verbeamtet werden und die Gemeinden über die Stellenbesetzung entscheiden? Die Gemeindekassen sind leer. Wie sieht das Finanzierungskonzept der FDP aus?

Am Wochenende hat der Parteitag der FDP in Fürstenwalde Beschlüsse für eine bessere Bildung gefasst. Danach sollen Lehrer nicht mehr verbeamtet werden. Die Schulträger sollen über die Stellenbesetzung selbst entscheiden können. Liberale Schulpolitik will mehr Eigenverantwortung der Schulträger bei der Auswahl der pädagogischen und technischen Mitarbeiter im Schulbetrieb. Lehrer wollen mehr Freiheiten bei der kreativen und dynamischen Gestaltung ihres Lehrauftrages einbringen.

Das Dienstverhältnis als Landesbeamte behindert die Rückgewinnung der gesellschaftlichen Anerkennung des Lehrerberufes. Eigenverantwortliche Schulen werden unterschiedliche regionale und fachliche Schwerpunkte setzen, und den Eltern und Kindern ein breites Angebot an verschiedenen Bildungsansätzen offerieren. Die Wahl der Eltern und Kinder entscheidet, welches Schulangebot sich vor Ort durchsetzt. Die Finanzierung der brandenburgischen Schulen wird durch ein Globalbudget aus dem Landeshaushalt abgesichert. Als Berechnungsgrundlage sind die zu ermittelnden Realkosten pro Schüler als Schülervollkostensatz zu kalkulieren. Die Kommunen bringen als Schulträger ihre Haushaltsmittel auf der Basis ihres Schulbestandes zum Globalbudgetanteil in den Etat ihrer Schulen ein.

Die Finanzgrundlage der Schule ist damit gesichert. In eigener Verantwortung für die Planung, Durchführung und Auswertung des Unterrichts, sowie für die Leitung, Organisation, den Personaleinsatz und die Verwaltung erfolgt der Einsatz des Etats.

Aus Sicht der FDP sollen die Schulen und deren Träger mehr Freiheiten erhalten. Wie soll das im Einzelnen aussehen und umgesetzt werden?

Aus Sicht der FDP sollen die Schulen und deren Träger mehr Freiheiten erhalten. Der jeweilige Schulträger entscheidet über die Einstellung des Lehrpersonals und der technischen Mitarbeiter. Lehrerinnen und Lehrer erhalten deutlich erweiterte Freiräume für die Organisation des Lernens und für die Verbesserung der Unterrichtsqualität. Diese erweiterten Freiräume sind durch die Weiterentwicklung der fachlichen und pädagogischen Kompetenzen der Lehrkräfte zu untersetzen. Mehr Freude und kreative Eigenverantwortung bei der Ausübung des Lehrerberufs stärkt das Selbstwertgefühl, die Stressresistenz und senkt den Unterrichtsausfall.

Nach Ansicht der FDP sollen die Klassenstärken insbesondere in den Grundschulen gesenkt werden. Wie viele Schüler sind laut Ihrer Information jetzt in einer Klasse und wie wollen Sie bzw. die FDP die Klassenstärkenreduzierung umsetzen?

Die FDP will die Klassenstärken insbesondere in den Grundschulen senken.

Der Frequenzrichtwert in Grundschulen ist 25, die Bandbreite liegt zwischen 15 bis 28 Schülern. Bessere **Bildung** vermitteln bedeutet für uns, dass bis zu 23 Schüler pro Klasse unterrichtet werden. Dann können Kinder individuell nach ihren Talenten und Bedürfnissen gefördert und gefordert werden. jr

Quelle: Blickpunkt 29.10.2011